

Stand: 20.06.2026 09:57:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11552

"Stopp der Wasserstoff-Außenaktivitäten und Sicherung der Versorgung mit Seltenen Erden"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11552 vom 15.04.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12244 des WI vom 30.04.2026



## Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Stopp der Wasserstoff-Außenaktivitäten und Sicherung der Versorgung mit Seltenen Erden**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sämtliche Ausgaben für internationale Wasserstoff-Außenaktivitäten, insbesondere Delegationsreisen, Messeprogramme, Dialogformate sowie sonstige außenwirtschaftliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Wasserstoff, mit sofortiger Wirkung vollständig einzustellen,
- die hierfür bislang vorgesehenen Haushaltsmittel vollständig umzuwidmen und gezielt für den Aufbau und die Absicherung strategischer Rohstoffpartnerschaften im Bereich Seltene Erden einzusetzen, um die Versorgung der bayerischen Industrie nachhaltig zu sichern und zu diversifizieren,
- ein eigenständiges außenwirtschaftliches Rohstoffprogramm für Seltene Erden zu etablieren, das insbesondere auf den Abschluss konkreter, belastbarer und langfristiger Liefer- und Kooperationsabkommen mit rohstoffreichen Partnerländern ausgerichtet ist,
- verbindliche, quantitative und überprüfbare Erfolgskriterien für sämtliche Maßnahmen im Rahmen dieses Rohstoffprogramms festzulegen, insbesondere hinsichtlich
  - gesicherter Importmengen,
  - Diversifizierungsgrad der Lieferländer,
  - Kostenentwicklung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit,
  - tatsächlicher Versorgungssicherheit für die bayerische Industrie.
- auf Bundes- und EU-Ebene darauf hinzuwirken, dass eine koordinierte und strategisch ausgerichtete Rohstoffaußenpolitik etabliert wird, die die Abhängigkeit von einzelnen Lieferstaaten – insbesondere der Volksrepublik China – wirksam reduziert.

### **Begründung:**

Zwischen 2018 und 2025 hat die Staatsregierung rund 1,35 Mio. Euro an Steuermitteln für internationale Wasserstoff-Außenaktivitäten ausgegeben, darunter insbesondere für Delegationsreisen, Messeprogramme sowie Dialog- und Veranstaltungsformate. Trotz dieses Mitteleinsatzes existieren weder verbindliche Wasserstoffpartnerschaften noch rechtlich belastbare Abkommen. Die Ergebnisse beschränken sich auf unverbindliche Absichtserklärungen ohne konkrete Verpflichtungen oder gesicherte Lieferbeziehungen (Drs. 19/10025; Drs. 19/6478).

Gleichzeitig bestehen erhebliche Diskrepanzen zwischen den energiepolitischen Zielsetzungen und der tatsächlichen Umsetzung. Der prognostizierte Importbedarf von 30 bis 70 Terawattstunden Wasserstoff jährlich bis 2040 ist bislang weder organisatorisch noch vertraglich abgesichert. Eine konkrete Realisierung dieser Zielgrößen ist nicht erkennbar.

Die grundsätzliche Umsetzbarkeit der Wasserstoffstrategie wird zudem zunehmend infrage gestellt. Es bestehen erhebliche Zweifel daran, dass die geplanten Produktionskapazitäten und Importmengen bis 2030 erreicht werden können, während gleichzeitig auch die Nachfrage deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Darüber hinaus fehlt es an wirtschaftlicher Tragfähigkeit. Importierter Wasserstoff wird auch langfristig deutlich teurer bleiben als konventionelle Energieträger. Prognosen gehen für das Jahr 2030 von Kosten zwischen 105 und 195 Euro pro Megawattstunde (MWh) aus. Weitere Analysen bestätigen ein Preisniveau von etwa 120 Euro pro MWh mit nur begrenzten Kostensenkungen bis 2045. Demgegenüber liegen die aktuellen Erdgaspreise bei rund 50 Euro pro MWh, die bereits eine erhebliche Belastung für die Industrie darstellen. Eine wettbewerbsfähige Nutzung importierten Wasserstoffs ist damit auf absehbare Zeit nicht gegeben.

Während erhebliche Mittel in ein politisches Handlungsfeld ohne belastbare Ergebnisse fließen, besteht im Bereich kritischer Rohstoffe ein akutes strukturelles Risiko. Seltene Erden sind unverzichtbar für zentrale industrielle Wertschöpfungsketten, insbesondere in der Automobilindustrie, Elektronik, Luftfahrt und Medizintechnik. Der jährliche Bedarf der bayerischen Industrie liegt bei rund 200 Tonnen und wird vollständig durch Importe gedeckt.

Die Importstruktur ist dabei hochgradig einseitig. Rund 95 Prozent der Versorgung erfolgen über China, das zugleich mehr als 90 Prozent der globalen Raffinadeproduktion kontrolliert. Diese Konzentration stellt ein erhebliches Risiko für die Versorgungssicherheit dar. Bereits kurzfristige Störungen, etwa durch Exportbeschränkungen oder logistische Unterbrechungen, können erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen.

Vor diesem Hintergrund erfordert eine verantwortungsvolle Industrie- und Wirtschaftspolitik eine klare Priorisierung. Die vollständige Einstellung ineffektiver Wasserstoff-Außenaktivitäten und die konsequente Umwidmung der Mittel in strategische Partnerschaften zur Sicherung der Versorgung mit Seltenen Erden stellen einen notwendigen Schritt dar, um die Resilienz der bayerischen Wirtschaft zu stärken und die Versorgungssicherheit nachhaltig zu gewährleisten.

Die Einführung klarer, quantitativer und überprüfbarer Erfolgskriterien stellt dabei sicher, dass staatliche Mittel künftig zielgerichtet, effizient und nachweisbar wirksam eingesetzt werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung**

**Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Florian Köhler, Oskar Lipp u.a. und Fraktion (AfD)**  
Drs. 19/11552

**Stopp der Wasserstoff-Außenaktivitäten und Sicherung der Versorgung mit Seltenen Erden**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Köhler**  
Mitberichterstatlerin: **Jenny Schack**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 30. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Stephanie Schuhknecht**  
Vorsitzende